

Polen

Kai-Olaf Lang

Zwischen der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags am 16. April 2003 und der Erlangung der Mitgliedschaft am 1. Mai 2004 erwies sich Polen als selbstbewusster und zielstrebigere europäischer Partner. Bei den Kontroversen um den Irak-Krieg und den Verfassungsvertrag zeigten sich zahlreiche Charakteristika des außen- und europapolitischen Verhaltens, auf die man sich in der EU auch in Zukunft einstellen muss. Sichtbar wurde auch, wie wichtig die inneren Voraussetzungen der polnischen EU-Mitgliedschaft sind. Innenpolitisch motivierte Auseinandersetzungen um Europa, die Neustrukturierung des Parteiensystems und die Frage, ob das Wirtschaftswachstum verstetigt werden kann, werden auch künftig die Rolle und das Gebaren des Landes in der Union prägen. Positiv ist, dass es infolge einer Vielzahl innereuropäischer Konflikte und unpopulärer Reformen im Lande zwar zu einer gewissen Europa-Ernüchterung in der Bevölkerung kam, das Gros der polnischen Gesellschaft jedoch auch nach dem 1. Mai für die EU-Mitgliedschaft ihres Landes votieren würde. Einstweilen trat der befürchtete Beitrittskater also nicht ein.¹

Wirtschaft: Aufschwung ohne Breitenwirkung

Polen hat die Wachstumsschwäche der vorausgegangenen Jahre überwunden. Nicht zuletzt ein Anziehen der Exportnachfrage hat der polnischen Volkswirtschaft Auftrieb gegeben. Nach einem BIP-Wachstum von 3,7% im Jahr 2003 werden für 2004 und 2005 Werte von 4,5% bis 5,5% prognostiziert.² Trotz Wachstumsdynamik, Preiserhöhungen infolge des EU-Beitritts und steigenden Energiepreisen dürfte die Inflationsrate auch 2004 nur mäßig ansteigen (nach einem Rekordtief von 0,7% in 2003). Auch die Leistungsbilanz stellt mit einem Negativsaldo knapp unter der 2%-Marke keine ernsthafte Bedrohung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht dar. Dennoch bleiben am polnischen Wirtschaftshimmel einige dunkle Wolken. Das hohe Haushaltsdefizit (2003 etwa 4,1% des BIP, 2004 vermutlich über 5%) ist die „Achillesferse der polnischen Wirtschaftspolitik“. In Sachen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit ist Polen in einem Ranking des Weltwirtschaftsforums Schlusslicht in der größeren EU.³ Weder das (immer noch nicht ausreichend fließende) Auslandskapital noch das Wirtschaftswachstum haben dem polnischen Arbeitsmarkt Entlastung gebracht. Immer noch ist ein Fünftel der erwerbsfähigen Polen ohne Job (Juli 2004: 19,3%), in manchen Regionen liegt die Arbeitslosenquote bei über 30%. In Anbetracht der in Landwirtschaft, Bergbau, Stahlindustrie und anderen „Problemsektoren“ anstehenden Restrukturierungsmaßnahmen wird sich voraussichtlich keine substantielle Verbesserung der Situation ergeben.

1 Im Juni 2004 hatten knapp 70% der befragten Polen ein positives Verhältnis zur EU-Mitgliedschaft, das waren sogar knapp 10% mehr als zu Beginn des Jahres. Stosunek do członkostwa w Unii Europejskiej i pozycja Polski w zjednoczonej Europie, CBOS (Zentrum für öffentliche Meinungsforschung), Communiqué Nr. 115, Juli 2004.

2 FAZ-Institut, Länderanalyse Polen, Mai 2004; Vasily Astrov, Wirtschaftsentwicklung in den MOEL durch deutliche Konvergenz geprägt, Reprint from: WIFO-Monatsberichte, Vol. 77, No. 5, May 2004, www.wiwi.ac.at.

3 Global Competitiveness Report 2003-2004, www.weforum.org/pdf/Gcr/GCR_2003_2004/Executive_Summary.pdf

Ja zur EU

Zur Ratifizierung des Beitrittsvertrags war das Plazet der polnischen Bürger in einer Volksabstimmung erforderlich. Ein langfristiges Übergewicht der Mitgliedschaftsbefürworter in den Meinungsumfragen gab den EU-Gegnern von Anfang an nur wenig Chancen auf Erfolg. In der Referendumskampagne sprachen sich nicht nur der populäre Staatspräsident Kwaśniewski, die Regierung und die großen proeuropäischen Parteien für den Beitritt aus, auch die gemäßigeren euroskeptischen Parteien forderten ihre Wähler – wenn auch halbherzig – zu einer positiven Stimmabgabe auf. Letztlich war unter den relevanten politischen Kräften lediglich die national-katholische Liga der Polnischen Familien (LPR) offen gegen die Mitgliedschaft.⁴ Da sich Papst Johannes Paul II. jedoch kurz vor der Abstimmung abermals für die polnische EU-Mitgliedschaft ausgesprochen hatte, fiel es selbst der Liga und dem mit ihr verbundenen Milieu (u.a. die katholische Radiostation Radio Maryja) schwer, gegen die Mitgliedschaft zu werben. In dem am 7. und 8. Juni 2003 abgehaltenen Referendum stimmte denn auch eine klare Mehrheit von 77,5% für den Beitritt, wobei dieses Übergewicht in allen sozial-demographischen Gruppen und parteipolitischen Anhängerschaften bestand. Sogar zwei Drittel der LPR-Anhänger votierten für die Mitgliedschaft. Noch wichtiger als diese Mehrheit war jedoch die Wahlbeteiligung, da für die Gültigkeit des Referendums mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten zu den Urnen gehen musste. Da der Sieg der Befürworter für viele Bürger bereits feststand und in bisherigen Volksabstimmungen nur ein geringer Teil der Wahlberechtigten von seinem Stimmrecht Gebrauch gemacht hatte, lag der eigentliche Erfolg der Referendumskampagne darin, wenigstens 59% der Polen mobilisiert zu haben.

Innenpolitik: Ende der Regierung Miller, Zerfall der Linken

Auch im Jahr 2003 war Premierminister Miller nicht in der Lage, die Probleme seiner Regierung zu meistern. Nachdem im Frühjahr die Bauernpartei (PSL) die Regierungskoalition verlassen hatte, stand Miller einem Minderheitskabinett vor, das sich neben der Demokratischen Linksallianz (SLD) und der Arbeitsunion (UP) vor allem auf das sog. parlamentarische „Plankton“, also kleinere Fraktionen und unabhängige Abgeordnete, stützte. Millers Strategie, durch einen „Waffenstillstand“ mit Staatspräsident Kwaśniewski, ein erfolgreiches EU-Referendum und sich allmählich verbessernde makroökonomische Kennzahlen eine Trendwende herbeizuführen, ging nicht auf. Zahlreiche Skandale, in die SLD-Funktionäre und Regierungsmitglieder verwickelt waren, allen voran das sog. Rywingate (Bestechungsversuch, um Änderungen im Mediengesetz leichter durchsetzen zu können) oder die Starachowice-Affäre (mafiose Strukturen wurden durch SLD-Amtsträger vor einem Polizeieinsatz gewarnt), eine anhaltend hohe Arbeitslosenquote (zwischen 19 und 20%) sowie die Ankündigung schmerzhafter fiskalischer Konsolidierungsmaßnahmen (Hausner-Plan) belasteten in zunehmendem Maße den Regierungschef selbst. Angesichts katastrophaler Umfragewerte für Regierung und Linksallianz kam Miller auch in den eigenen Reihen unter Beschuß, so dass er sich gezwungen sah, zumindest den SLD-Vorsitz abzugeben. Am 6. März 2004 wurde der Fraktionsvorsitzende Krzysztof Janik zum neuen Parteichef gewählt. Die Wahl des Pragmatikers und langjährigen Weggefährten Millers ging vielen Reformern in der SLD jedoch nicht weit genug. Obwohl Leszek Miller zwischenzeitlich seinen Rücktritt als Regierungschef mit Wirkung zum 2. Mai 2004 bekanntgegeben hatte, ver-

⁴ Vgl. Aleks Szczerbiak, The Polish EU Accession Referendum 7-8 June 2003, EPERN Referendum Briefing Papers, <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/poland5.pdf>

ließen die Unzufriedenen die SLD. Unter Führung des Parlamentspräsidenten Marek Borowski gründeten sie eine neue Linkspartei, die Polnische Sozialdemokratie (SDPL).

Neuer Regierungschef wurde der Wirtschaftswissenschaftler und frühere Finanzminister Marek Belka. Mit schmaler parlamentarischer Basis (SLD, UP, SDPL, sonstige) versucht Belka die von ihm angekündigten fünf Prioritäten zu verwirklichen: Armutsbekämpfung und Senkung der Arbeitslosigkeit, „Ausschöpfung der Chancen der EU-Mitgliedschaft“, transparente Privatisierung, Reform des Gesundheitswesens und erfolgreichen Irak-Einsatz.⁵ Sofern Belka sich durchhangeln kann, sollen im Frühjahr oder Sommer 2005 (drei bis sechs Monate vor dem regulären Termin) Neuwahlen abgehalten werden.

Die ersten Europawahlen: Erfolg der Opposition und der Europaskeptiker

Einen Vorgeschmack darauf, wie die Parlamentswahlen ausgehen könnten, gaben die Ergebnisse der Wahlen zum Europaparlament. Sie brachten einen klaren Sieg der Oppositionsparteien, einen Erfolg der moderaten bis radikalen Rechten und einen Vormarsch populistischer Kräfte. Vor allem die liberal-konservative Bürgerplattform (PO), mit 24,1% stärkste Partei bei den „Europawahlen“, darf sich ausrechnen, nach den nächsten Parlamentswahlen den Premierminister zu stellen. Zusammen mit anderen konservativen und national orientierten Parteien (Recht und Gerechtigkeit, PiS, LPR) erhielt die PO mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament fiel die hohe Polarisierung zwischen Europaskeptikern und EU-Befürwortern auf. Gemäßigte Europakritiker (PiS, PSL) und radikale Europegegner (LPR, Selbstverteidigung) kamen auf eine beachtliche Zustimmung (insgesamt 45,7%), wobei vor allem die national-katholische Liga mit ihrem disziplinierten Elektorat reüssieren konnte. Allerdings konnten auch betont proeuropäische Parteien (wie die Freiheitsunion oder die neugegründete Sozialdemokratie) Achtungserfolge erzielen.

Die Zustimmung für euroskeptische Gruppierungen lässt sich indes nicht als Nein zur EU-Mitgliedschaft interpretieren. Der (wenig intensiv geführte) Wahlkampf wurde nicht von EU-Themen dominiert, die meisten Wähler wollten kein zweites Mitgliedschaftsreferendum abhalten, sondern der Regierung ihre Ablehnung demonstrieren. Auch die Parteien verstanden den Wahlkampf als kleine nationale Parlamentswahlen.⁶ Die extrem niedrige Wahlbeteiligung von nur 20,9% hatte vor allem mit mangelnder Information und einer in Polen ohnehin traditionellen Wahlmüdigkeit zu tun.

Der Irak-Konflikt

Noch vor der formellen Mitgliedschaft in der EU dokumentierte die polnische Außenpolitik, dass sie gewillt ist, auch innerhalb der Union mit Nachdruck ihre Ziele zu verwirklichen. Der Irak-Konflikt führte dies eindrücklich vor Augen. Polen unterstützte das amerikanische Vorgehen gegen den Irak politisch (unter anderem unterzeichnete Premierminister Miller den als proamerikanisches Signal intendierten Brief acht europäischer Staats- und Regierungschefs vom 30. Januar 2003) und militärisch (die polnische Kommandoeinheit GROM beteiligte sich am Irak-Krieg, während des Waffengangs operierten das polnische Versorgungsschiff *Xavery Czernicki* und polnische Marinetaucher in der Golfregion). Nach Beendigung der Kampfhandlungen entsandte die polnische Armee ein rund 2.500 Mann

5 Exposé prezesa Rady Ministrów Marka Belki, Warschau, 14.5.2004, www.kprm.gov.pl

6 Vgl. Michał Czaplicki, *Pierwsze wybory europejskie*, Instytut Spraw Publicznych, Analizy i Opinie Nr. 25, 2004, S. 9.

starkes Kontingent und übernahm das Kommando über einen Stabilisierungssektor im Zentral- und Südirak. Noch im Dezember 2002 hatte Polen durch den Kauf von 48 amerikanischen Kampfflugzeugen vom Typ F-16 den Unmut einiger europäischer Partner auf sich gezogen. Polens Loyalität zu den USA resultiert aus historischen Erfahrungen, außenpolitischen Ambitionen und strategischen Erwägungen. Das Trauma des Zweiten Weltkriegs, die Furcht, von europäischen Bundesgenossen im Stich gelassen zu werden, die nicht „für Danzig sterben“⁷ wollen, das Unbehagen gegenüber der Situation in Russland, der Versuch, die ungünstige geopolitische Lage zwischen Deutschland und Russland durch eine enge Anbindung an Amerika auszugleichen, dies alles führte dazu, dass sich die politische Führung in Warschau während des Irak-Kriegs so eng an Washington anlehnte. Dazu kam die Überlegung, eine Art „Investition in Reziprozität“ (Radek Sikorski) zu tätigen: Solidarität mit den USA bewege diese, im Falle eines Falles auch Polen beizustehen.

Nicht zu übersehen war auch eine europapolitische Dimension: Der Schulterchluss mit den USA sollte Polen in Europa mehr Gewicht verleihen. Als bester Freund Amerikas und Bannerträger des proamerikanischen Ostmitteleuropa, so das Kalkül, wollte man – im Verein mit anderen atlantizistischen Mitgliedsländern – den Einfluss Frankreichs und Deutschlands eindämmen bzw. beide Staaten dazu zwingen, Polen als bedeutenden und gleichberechtigten Partner zu behandeln: Als eine der Führungsmächte des „Neuen Europa“ könne Polen „die Bedingungen diktieren“, zu denen diese „ehemaligen Großmächte“ ihr lädiertes Image wieder aufpolieren werden.⁸ Für den polnischen NATO-Botschafter Nowak hat sich die Solidarität mit den USA deswegen gelohnt, weil man nun „mit Polen rechnen“ müsse.⁹ Alles in allem sah sich Polen im Zuge des Irak-Konflikts in seiner Sorge wegen angeblicher Emanzipationsbestrebungen einiger europäischer Länder (v.a. Frankreichs und mit Einschränkung auch Deutschlands) gegenüber den USA bestätigt. Es bemühte sich daher, zusammen mit anderen atlantisch orientierten Ländern einem außen- und sicherheitspolitischen Selbstverständnis der EU entgegenzutreten, das auf der Schaffung einer multipolaren Weltordnung und einem antihegemonialen Gegengewicht basiert: „Europa sollte seine Identität nicht in Opposition zu den Vereinigten Staaten aufbauen, sondern sich in engem Bündnis mit den USA um die Sicherheit des Alten Kontinents kümmern. Die Aufrechterhaltung der amerikanischen Präsenz in Europa – sowohl im politisch-militärischen wie auch im wirtschaftlichen Sinne – liegt zutiefst im Interesse Polens.“¹⁰ Polen wird auch künftig die Weiterentwicklung von ESVP und GASP unter diesem Blickwinkel betrachten. Es wird aber nicht skeptisch abseits stehen, sondern versuchen, durch aktive Teilnahme den Gang der Dinge in seinem Sinne mitzugestalten.

Polen und die „neuen Nachbarn“

Aus polnischer Sicht ist „Osteuropa der Raum zwischen der gegenwärtigen Grenze der EU und Russland“, die „wichtigste strategische Herausforderung“ für Warschaus Außenpolitik.¹¹

7 Polens Präsident Kwaśniewski legitimierte Polens Engagement im Irak u.a. wie folgt: „Wir erinnern uns an diejenigen, die damals nicht für Danzig sterben wollten, und wir erinnern uns an die Folgen der damaligen Entscheidungen. Um jene Erfahrungen klüger, appellieren wir an die internationale Gemeinschaft: Ja zum Frieden, aber nicht um den Preis von Verbrechen, Gewalt und Terrorismus. Ja zum Frieden, wenn wir instand sind, ihn für uns alle in jedem Winkel der Welt zu sichern.“ Oświadczenie Prezydenta RP: Konferencja prasowa Prezydenta RP i Prezesa Rady Ministrów, 18.3.2003, www.prezydent.pl.

8 Agaton Kozłowski, Trójkąt partnerski, in: Wprost, 9. Mai 2003.

9 Z Polska trzeba się liczyć, in: Rzeczpospolita, 18.3.2003.

10 So Polens Außenstaatssekretär Adam Rotfeld, „O nowych zagrożeniach i dylematach polskiej polityki bezpieczeństwa“, Interview mit A. Rotfeld, in: Trybuna, 6.3.2003.

11 Włodzimierz Cimoszewicz, Polska w zamęciu świata, in: Gazeta Wyborcza, 12.-13.6.2004.

Polens Außenministerium präsentierte daher diverse Vorschläge, wie die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn der EU bzw. die Europäische Nachbarschaftspolitik ausgestaltet werden sollten.¹² Polen möchte hierbei, dass allen drei Nachbarn, der Ukraine, Moldova und vielleicht auch irgendwann Belarus, prinzipiell eine langfristige Mitgliedschaftsperspektive in EU und NATO zugestanden wird, da nur so ein Anreizsystem geschaffen werden könne, das Westorientierung und Reformfortschritt in diesen Ländern sichere. Insbesondere Polens Einsatz für die Ukraine, deren Unabhängigkeit und Stabilität als Bestandteil der polnischen Staatsräson wahrgenommen wird, hat sich intensiviert. Warschau möchte, dass das Land im Rahmen des mit der Union auszuhandelnden Aktionsplanes Erleichterungen bei der Reisefreiheit, besseren Zutritt zum Binnenmarkt, Marktwirtschaftsstatus, die Unterstützung für den WTO-Beitritt und substantielle finanzielle Hilfe erhält. Nach Ablauf des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (2008) soll mit der Ukraine über ein Assoziierungsabkommen verhandelt werden. Polnische Politiker haben wiederholt westeuropäische Partner für deren angebliche Passivität gegenüber der Ukraine kritisiert. Diese sei maßgeblich für Stillstand und Fehlentwicklungen in der Ukraine verantwortlich.¹³

Der Verfassungsstreit: „Nizza oder Tod“

Im Laufe des Herbstes 2003 intensivierte sich in Polen die Debatte um den Entwurf eines Verfassungsvertrags. In der Regierungskonferenz konzentrierte sich die polnische Regierung auf fünf Fragen: Berücksichtigung christlicher Traditionen in der Präambel, Gruppenpräsidentschaften, keine Schwächung der NATO durch Bestimmungen im Bereich ESVP, Vertretung aller Mitgliedstaaten in der Kommission, Abstimmungsmodus nach dem Vertrag von Nizza.¹⁴ Bald zeigte sich, dass Polen sich vor allem auf das Abstimmungsverfahren von Nizza versteifen würde. Warschau argumentierte damit, dass die „doppelte Mehrheit“ in der Praxis keinesfalls einfacher zu handhaben sei als der Nizza-Mechanismus, da Streitigkeiten über die sich ständig verändernde demographische Situation in den Mitgliedsländern zu erwarten wären. Überdies sei der Platz für eine repräsentative Abbildung von Bevölkerungszahlen nicht der Rat, sondern das Europäische Parlament. Auch habe der Konvent das ihm in Laeken erteilte Mandat deutlich überschritten. Außerdem hätten Polens Bürger beim Referendum über den Beitritt zu einer anderen EU abgestimmt, als diese sich durch die Neufassung des Abstimmungsmodus ergeben würde. Der für Polen vorteilhafte Nizza-Modus sei auch eine Kompensation für angeblich ungünstige finanzielle Konditionen des polnischen EU-Beitritts.¹⁵

Hinter Polens harter Haltung stand indes vor allem die Befürchtung, mit der Einführung der „doppelten Mehrheit“ würde man – insbesondere von Frankreich und Deutschland – marginalisiert werden, da das neue Entscheidungssystem Polen zahlreiche Blockademöglichkeiten nehmen würde. Gleichzeitig kam Druck von der innenpolitischen Front, da die Opposition mit radikaler Rhetorik („Nizza oder Tod“) gegen eine Änderung des Abstimmungssystems kämpfte. Die angeschlagene Regierung Miller konnte es sich

12 Vgl. Non-Paper with Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours after EU enlargement, Warschau, Dezember 2003; *The New Neighbours – A Framework for Relations, Proposals from Poland*, Polnisches Außenministerium, Mai 2003.

13 Prezydent Kwaśniewski za ciagłym rozszerzaniem UE, in: *Gazeta Wyborcza*, 10.9.2003.

14 Informacja Rządu na temat polskiej polityki zagranicznej w 2004 roku przedstawiana na posiedzeniu Sejmu w dniu 21 stycznia 2004 roku przez Ministra Spraw Zagranicznych RP Włodzimierza Cimoszewicza, www.ms.gov.pl

15 Do tej rzeki wchodzimy pierwszy raz..., Artikel des polnischen Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz, in: *Rzeczpospolita*, 27.10.2003.

nicht erlauben, Schwäche zu zeigen. Da aus Warschauer Sicht kein akzeptables Angebot auf dem Tisch lag, verhinderte Polen – zusammen mit Spanien – auf dem „Verfassungsgipfel“ vom 12. und 13. Dezember 2003 die Annahme des Verfassungsentwurfs. Allein schon um der Ächtung als EU-weiter Störenfried zu entgehen, gab sich die polnische Regierung in der Folgezeit kompromissbereit. Die (bereits ab März verfolgte) Linie, mit der Warschau dann in den „Kompromissgipfel“ vom 18. Juni 2004 ging, lautete: Die „doppelte Mehrheit“ wird nicht mehr kategorisch abgelehnt, eine polnische Zustimmung erfordert aber zusätzliche Modifikationen und Sicherungsmechanismen.¹⁶ Die Einigung vom 18. Juni traf in Polen auf Zurückhaltung und Ablehnung. Während Premierminister Belka erklärte, die neue Regelung stelle Polen besser als der Vertrag von Nizza, sprach die konservative Opposition von „Verrat, Schande und Kapitulation“. Der Fraktionschef der Bürgerplattform und Erfinder der Parole „Nizza oder Tod“, Jan Maria Rokita, sah Polens Forderungen „nicht erfüllt“. Negativ äußerte sich auch die katholische Kirche, die den fehlenden Hinweis auf die christlichen Wurzeln Europas in der Präambel monierte. In einer Erklärung des Episkopats war von „Fälschung der historischen Wahrheit“ und einer „Marginalisierung des Christentums die Rede“.¹⁷

Aller Voraussicht nach wird es in Polen zu einem Referendum über den Verfassungsvertrag kommen. Während die populistischen und antieuropäischen Parteien dagegen und die Gruppierungen der Linken dafür stimmen werden, ist die Haltung insbesondere der Bürgerplattform und der Kirche noch offen. Politiker der Bürgerplattform haben zwischenzeitlich angedeutet, sie würden nicht mehr zu einer Ablehnung des Verfassungsvertrags aufrufen. Obschon in der Bevölkerung wenig Begeisterung über die Einigung hinsichtlich des Verfassungsvertrags herrscht, spricht sich bisher eine deutliche Mehrheit potentieller Referendumsteilnehmer für dessen Annahme (56% für den Vertrag, 22% dagegen) aus.¹⁸

Die großen Herausforderungen der Mitgliedschaft

Der Anfang November 2003 veröffentlichte letzte regelmäßige Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission fiel für Polen wenig schmeichelhaft aus.¹⁹ Vor diesem Hintergrund wird das neue EU-Mitglied Polen in der näheren Zukunft drei große Aufgaben zu meistern haben: Erstens muss die Binnenmarktintegration weiter vorangetrieben werden, der Beitrittsvorbereitung muss eine auf vollwertige Mitgliedschaft abzielende Nachbereitung folgen. Zweitens muss mittelfristig die Mitgliedschaft in den Integrationsfeldern erreicht werden, die Polen bislang nicht offenstehen. Der Beitritt zur Schengen-Zone und die, laut Finanzminister Gronicki für 2009 angestrebte,²⁰ Übernahme des Euro werden vor allem die europäische Identität der Bürger stärken. Drittens muss Polen die offensichtliche Spaltung in seiner Europapolitik überwinden, die Polarisierung zwischen Anhängern einer Wiederannäherung an Deutschland und Frankreich (Weimarer Option) und den Befürwortern einer engen Kooperation mit Großbritannien und anderen Atlantikern in Europa,²³ und eine neue Flexibilität muss in der Außen- und Europapolitik Platz greifen.

16 Rede des für Europafragen zuständigen Unterstaatssekretärs im polnischen Außenministerium Jan Trzuszczynski im Sejm, 16.6.2004, <http://ks.sejm.gov.pl:8009/kad4/077/40772003.htm>

17 Opozycja zaatakowała rząd za zgodę na unijną konstytucję, in: *Gazeta Wyborcza*, 21.6.2004, Traktat wywołał wojnę na słowa, in: *Rzeczpospolita*, 21.6.2004.

18 Stosunek polaków do Konstytucji europejskiej, CBOS (Zentrum für öffentliche Meinungsforschung), *Kommuniqué* Nr. 123, Juli 2004.

19 Umfassender Monitoring-Bericht über die Vorbereitungen Polens auf die Mitgliedschaft, http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2003/pdf/cmr_pl_final_de.pdf.

20 Mirosław Gronicki: Euro w Polsce w 2009 r., in: *Gazeta Wyborcza*, 14.9.2004.